

attac

Rundbrief 03 / 06

Stoppt den Ausverkauf der Bahn! Stoppt den Privatisierungswahn!

Die Bahn ist öffentliches Gut!



Foto by Jakob Huber

Im Herbst entscheidet der Bundestag über den Verkauf der Deutschen Bahn. Unter der Überschrift „Börsengang" will die Regierung die Bahn ganz oder teilweise an private Investoren verramschen. Tatsächlich handelt es sich um den Ausverkauf eines gewaltigen gesellschaftlichen Vermögens, das in 170 Jahren geschaffen wurde: Der Wert der 35.000 km Schienen, 5.500 Bahnhöfe, zehntausende Waggons und Triebwagen wird seriös auf 100 bis 250 Milliarden Euro geschätzt. Die Bundesregierung veranschlagt als möglichen Erlös nur 10 bis 15 Milliarden Euro – weniger als ein Zehntel des realen Werts. Auch ein Teilverkauf des Bahnbetriebs soll Einnahmen von lediglich 4 bis 7 Milliarden Euro bringen, obwohl der Wert des rollenden Materials auf 40 Milliarden Euro geschätzt wird.
Damit nicht genug: Der Staat müsste weiterhin circa 14 Milliarden Euro pro Jahr in die Bahn investieren – nicht weniger als derzeit. Davon würden unter anderem die mindestens zehn Prozent Renditeerwartung der Investoren bezahlt. Einmal den privaten Verwertungsinteressen unterworfen, werden wie in Großbritannien weitere Streckenstilllegungen, Fahrpreiserhöhungen, Stellenabbau, Lohndumping sowie Tarif- und Fahrplanwirrwarr folgen. Ein Vorgeschmack darauf waren die Verschlechterungen der letzten Jahre, mit denen die Bahn „fit für die Börse" gemacht werden sollte.
Die Privatisierungsbefürworter schweigen die Alternative, nämlich die Bahn gar nicht zu verkaufen, tot. Dabei könnte die Bahn in öffentlichem Eigentum nach Schweizer Vorbild kundenfreundlich und wirtschaftlich umgestaltet werden. Die einseitige Debatte um den Bahnverkauf ist beispielhaft für eine Privatisierungsideologie, der auch Wasser, Wohnen, Gesundheit, Bildung und andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zum Opfer fallen.
Im Bündnis „Bahn für alle" mobilisiert Attac gemeinsam mit Umweltverbänden, Gewerkschaften und Bahnfachleuten zum Protest. Immer mehr Gruppen schließen sich unserer Position an – zuletzt der BUND, Deutschlands größter Umweltverband. Mit einer aktionsreichen Kampagne werden wir diesen skandalösen Ausverkauf ins öffentliche Bewusstsein rücken und die Verantwortlichen in Berlin unter Druck setzen. Angesichts der Fakten sind die Erfolgschancen groß: Die Stimmung in der Gesellschaft wackelt, das Interesse der Menschen an unseren Aktionen ist enorm. In der heißen Phase im Sommer wird es lokale Aktionstage, eine bundesweite Aktionswoche und weitere Aktivitäten geben. Immer mehr Attac-Gruppen greifen derzeit das Thema auf. Um den Ausverkauf der Bahn zu verhindern, brauchen wir Deine und Ihre Hilfe:

– schreibt Leserbriefe
– sprecht Eure Abgeordneten an, zum Beispiel per Mail über unsere Website
– organisiert Info-Veranstaltungen und ladet ReferentInnen ein
– veranstaltet pressewirksame Aktionen vor Ort
– spendet für Kampagnen-Material und Anzeigen

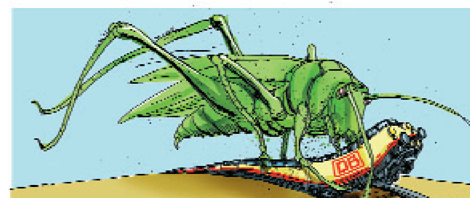
Erasmus Müller

Mehr Infos, Tips und Material unter:
www.bahn-fuer-alle.de

1 EUR 50

Inhalt

HINTERGRUND
Privatisierung öffentlicher Güter – 2 –
AKTIV
Sommerakademie – 3 –
Bahnkampagne – 3 –
DEBATTE
Migration: Ursachenbekämpfung vs. Offene Grenzen für alle – 4 / 5 –
KALENDER
Rückblick und Ausblick – 6 / 7 –
PORTRAIT
Bewegungsstiftung, Projektgruppe G8-Gipfel in Deutschland – 8 –
INTERVIEW
Tobin Hood – 9 –
PUBLIKATIONEN
Themenpaket „Privatisierung" – 10 –
LINKED
Herbstakademie, Tax Justice Network – 11 –



editorial

Liebe Attac-Mitglieder,

„Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu bewegen und zu sagen: Nein!", schrieb einst der Journalist und Schriftsteller Kurt Tucholsky. Alle politisch Aktiven wissen: Ein entschiedenes „Nein" zum neoliberalen Zeitgeist mit seinem Heilsversprechen eines Mehr an Wohlstand für alle, sofern alles so wenig wie möglich von allen beraten und beschlossen wird, kostet jeden Tag viel Kraft. Das zeigt sich einmal mehr beim Protest gegen den Börsengang der Deutschen Bahn, den Attac in diesem Sommer stärker fortsetzen und in die Öffentlichkeit tragen wird.
Sommerloch? – Mitnichten!, heißt das auch für diesen Rundbrief, in dem wir im Schwerpunkt über die Bahnkampagne, aber auch über viele andere Attac-Aktivitäten informieren.
Wir wünschen allen eine spannende Lektüre.

Mit solidarischen Grüßen

Gabriele Rohmann

Die Privatisierung öffentlicher Güter in Deutschland

Bilanz negativ



Alle reden von der Privatisierung der Bahn: Endlich Börsengang, endlich frei von staatlicher Bürokratie! Dabei wird gezielt in den Hintergrund gedrängt, dass der börsenversessene Bahnvorstand verbissen um üppige Staatssubventionen kämpft. Vor dem Börsengang soll gesetzlich festgeklopft werden, dass die Deutsche Bahn AG künftig mindestens 10 Milliarden Euro Staatszuschüsse erhält. Sowas gefällt Aktionären besonders gut: freie Verfügung über das private Eigentum, Gewinne abgesichert durch Steuergelder.

Die Markt- und Freiheits-Rhetorik ist das eine, die Praxis ist das andere. „Besser, billiger, bürgernäher" – alle bisherigen Privatisierungen zeigen, dass die Privatisierungs-Versprechen nicht eingehalten werden. Das Gegenteil tritt ein. Wie bei der Bahn schon bisher: Die Leistungen für die Mehrheit der Nutzer werden schlechter, sie werden teurer, bestenfalls profitieren einige wenige. Für die hochmobile Minderheit der business men and women wird der Bahntransport zwischen den Luxusbahnhöfen der Großstädte und Flughäfen schneller, für die Mehrheit der Arbeitspendler und Schüler und für die Bewohner von Mittel- und Kleinstädten wird das Warten in verwahrlosten Bahnhöfen zur öden Routine.

In den Kommunen begann die Privatisierung Anfang der neunziger Jahre bei der Abfallentsorgung. Riesige Müllverbrennungsanlagen wurden gebaut, zusammen mit den großen Entsorgungskonzernen wie RWE. Die Entsorgungsverträge laufen 30 Jahre und verpflichten die Kommunen zur gleichbleibenden Abgabe von Müll, obwohl die Menge zurückgeht. Aber die Konzerne haben auch hier vorgesorgt, und der Staat und die Kommunen haben mitgemacht. „Angemessene Eigenkapitalverzinsung und Risikozuschlag" werden in den Gesellschafterverträgen der privaten Seite garantiert. Das ist die Standardformel. Darüber wird die Öffentlichkeit in Unkenntnis gehalten. Die Folgen zeigen sich bereits seit Jahren: Alternative Technologien haben keine Chance mehr. Die Gebühren explodieren. Der Mülltourismus aus ganz Europa blüht. Die Moral der Bürger wurde zerstört: Müll wird nicht mehr vermieden, er wird weggeschmissen, Mülltrennung ist passé.

Autobahn-Maut, Studiengebühren, privat finanzierte Versicherung für Zusatzrente und Zahnarztbehandlung, Zuzahlung bei Medikamenten, Praxisgebühr, demnächst dann Straßenbenutzungsgebühr und City-Maut – erwartet überhaupt jemand bei diesen Privatisierungen noch eine Verbesserung der Leistungen? Löcher in der Staats- und Stadtkasse werden kurzfristig gestopft. Die Sätze der allgemeinen Steuern und die Beiträge zu den Krankenkassen werden vielleicht nicht erhöht; aber die Bürger zahlen an anderer Stelle drauf – man muss einmal zusammenzählen, was bei diesen flächendeckenden Privatisierungen an zusätzlichen Belastungen zusammenkommt.

Da kann auch zum Beispiel eine schnell steigende Miete hinzukommen. Staat und Städte verkaufen ihre Genossenschaftswohnungen an Finanzinvestoren. Da werden scheinbar große Beträge erlöst. Angeblich können damit die öffentlichen Haushalte entschuldet werden. Doch das täuscht. Der Bund verkaufte die 82.000 Wohnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) an eine „Heuschrecke" namens Fortress. Die drei Milliarden Euro reichen aber mal gerade, um die Renten für dreieinhalb Tage auszuzahlen – schon ist der ganze Verkaufserlös weg. Inzwischen hat Fortress Mieten erhöht.

Die scheinbar riesige Summe von drei Milliarden Euro, die mit einem Schlag in die öffentliche Kasse kommt, blendet offensichtlich den Geist und verdunkelt die Urteilsfähigkeit: Das sind gerade mal 37.000 Euro für eine Wohnung! Überall geben die Kommunen, ob Dresden oder anderswo, in ihrem blinden Pragmatismus ihre Wohnungen zu Schleuderpreisen weg. Die öffentliche Hand verliert damit nicht nur Vermögen, sondern auch sichere Einnahmen. Gleichzeitig organisiert sie sich zusätzliche Ausgaben: Die von der öffentlichen Hand aufzubringenden Mietzuschüsse steigen. Und die Kommunen tragen mit dem Verkauf der Wohnungen dazu bei, dass Kaufkraft aus der Region abzieht. Eine wirtschaftliche Abwärtsspirale wird ingang gesetzt, während man den öffentlichen Haushalt nur kurzfristig entlastet. Gerade die Städte, die das meiste an Wohnungen, Wasserwerken und anderen kommunalen Unternehmen (teil-)verkauft haben wie Berlin und Mülheim an der Ruhr, sind noch höher verschuldet als vor der Privatisierung.

Die Privatisierung der Bahn ist nur die Spitze des Eisbergs. Erst allmählich greift die Erkenntnis, wie weit der Privatisierungsprozess schon geht. Überall da, wo Bürgerentscheide durchgeführt werden konnten, gegen große Widerstände, war das Ergebnis eindeutig: Privatisierung wurde abgelehnt. Auch Attac wird sich dafür einsetzen, dass Bürgerentscheide in vielen Städten möglich werden.

Werner Rügemer

Buchtip: Von Werner Rügemer ist zum Thema ganz aktuell im Verlag Westfälisches Dampfboot das Buch „Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz", Münster 2006, erschienen.

Highlight: Die Attac-Sommerakademie vom 4. bis 9. August in Karlsruhe

„Wissen is possible – Wer Bescheid weiß, hat mehr Mut zum Widerspruch“

Zündende Ideen – fundiertes Wissen – Einsteigerseminare – Diskussionen – wichtige Infos – Strategien – Workshops – Globalisierungskritik – wichtige Leute – nette Leute – Vernetzung – Spaß – Musik – Theater – interessante Begegnungen – gutes Essen...
Mitmachen – sich mitteilen – sich einbringen – helfen – aufrütteln – in der Sonne sitzen – zelten – meditieren – entspannen – sich aufregen – Kaffee trinken – auf die Straße gehen – Kontakte knüpfen – deine Meinung sagen – und was dir sonst noch alles so einfällt...
Unsere Sommerakademie wird in diesem Jahr zu einer Plattform der inhaltlichen Vorbereitung für die Protestaktionen rund um den G8-Gipfel, der im Juni 2007 in Heiligendamm stattfinden wird. Globale Demokratie und globale soziale Rechte sind unsere Leitmotive. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit der weltweiten Energie- und Ressourcenpolitik bis zu imperialen Kriegen; es geht um Armut und Reichtum weltweit, um Migration und Überschuldung, Privatisierung – um die „Ökonomie der Enteignung“, die auch vor unserer Haustür nicht halt macht. Im Blick ist auch die Perspektive Europas – mit Blick auf die Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards, gerechter Steuern und solidarischer Außenbeziehungen.
Mit dabei sind Yalil Schwarz, der Friedenskoch, Isabel Rauber aus Argentinien, Christian Felber aus Wien, Elisabeth Gautier aus Paris, Chris Caruso und Willie Baptist aus New-York, Freya Pausewang aus Wiesbaden, Elmar Altvater und Katja Kipping aus Berlin, Jörg Huffschmidt aus Bremen und viele andere spannende ReferentInnen. Dazu wird ein aufregendes Kulturprogramm geboten mit der Berliner Compagnie und dem Stück „Schöne eine Welt“, dem kleinen elektronischen Weltorchester mit dem Spezial-Bewegungs-Liedprogramm „Avanti Populo!“, Latin-Jazz, Feuerkunst, Filme, Rock, Rap und Disco so viel das Herz begehrt.
Wir laden alle Neugierigen und Interessierten, alle Jungen und Älteren, alle „Attacies“ und alle, die uns kennen lernen wollen ein, dabei zu sein.
Für einen TeilnehmerInnenbeitrag von 97 Euro (ermäßigt 67 Euro, Soli 110 Euro) gibt es 5 Tage Programm, Verpflegung und Übernachtungsplätze in Zelt oder Turnhalle.

Sabine Leidig

Anmelden unter:
www.attac.de/sommerakademie2006
Dort gibt es auch weitere Infos zum Ort, zum Programm, zum Vorbereitungsteam...



Aktiv werden gegen die Börsenbahn

Was jeder und jede zu einer erfolgreichen Kampagne beitragen kann



Wenn das Bündnis „Bahn für alle“ es schafft, in den nächsten Monaten mit vereinten Kräften die Argumente und Aktivitäten gegen den Ausverkauf der Bahn in die Öffentlichkeit zu tragen und so den direkten politischen Druck aufzubauen, kann die Entscheidung im Parlament noch maßgeblich beeinflusst werden. Denn dass die Pläne der Bundesregierung keineswegs breiter gesellschaftlicher Konsens sind, dafür gibt es mittlerweile viele Anzeichen: Immer mehr Parlamentarier zweifeln an der Börsenbahn, es erscheinen kritische Artikel selbst in wirtschaftsfreundlichen Medien, und die Kampagne gewinnt wichtige neue Bündnispartner.
Lasst uns in Schwung kommen – auf bundesweiter, aber auch auf lokaler Ebene!

Das kann jede und jeder tun:

Zehntausende Stimmen für eine Bahn für alle!
Unterschriftenlisten aus dem Netz runterladen und Nachbarn, den Freundeskreis, ArbeitskollegInnen und die Familie unterschreiben lassen – vor der Bundestagsentscheidung im Herbst wollen wir mit einer beeindruckenden Zahl von Unterschriften in Berlin den Willen der Menschen sichtbar machen: Keine Verschleuderung von öffentlichem Eigentum zugunsten privater Rendite-Interessen!

Leserbriefe in die Zeitungen
Steter Tropfen höhlt den Stein – auch den der scheinbaren öffentlichen Meinung. Die Leserbrief-Rubriken in den Tageszeitungen gehören zu den meist gelesenen Seiten. Nutzt das aus und schreibt gegen den Wahnsinn an!

Infomaterial verteilen
Ab Anfang Juli werden peppige Faltblätter, Postkarten, Aufkleber und mehr fertig sein. Diese eignen sich zum Verteilen bei Fahrgästen, vor Bahnhöfen, zum Sammeln von Unterschriften und zu vielen anderen kreativen Aktionen. Jeder hat in seinem Bekanntenkreis überzeugte oder gelegentliche BahnfahrerInnen – sprecht sie an und holt sie mit ins Boot!

Bundestagsabgeordnete ansprechen
Sucht das direkte Gespräch mit euren lokalen Bundestagsabgeordneten – wenn diese merken, dass ihre WählerInnen die besseren Argumente haben, kann das für die Diskussion in den Fraktionen sehr fruchtbar sein.

Informieren und vernetzen
Je mehr sich an der Kampagne beteiligen, desto sichtbarer wird das auch auf der Homepage werden: Es lohnt sich, ab Juli regelmäßig die Mitmach-Seite aufzurufen und sich durch Fotos und Berichte von Aktionen überall im Land inspirieren zu lassen. Wendet euch an eure lokalen Attac-Gruppen oder gründet gemeinsam mit Freunden selbst eine Aktiv-Gruppe gegen den Ausverkauf der Bahn.
Das Zusammenspiel von bundesweiten Aktionen der Kampagnengruppe mit vielen kreativen lokalen Aktivitäten wird Eindruck auf die EntscheiderInnen machen – wir sind überzeugt davon, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist!

Stephanie Handtmann

Hintergründe, Aktionsideen, Material zum Download und vieles mehr unter:
www.bahn-fuer-alle.de

Weltweit verlassen immer mehr Menschen ihr Umfeld in der Hoffnung, an anderen Orten besser leben zu können. Für die meisten endet diese Hoffnung in dem unmenschlichen Status der Illegalität oder der meist schwer- oder unerträglichen Situation der Asylsuchenden. In einigen sozialen Bewegungen gibt es seit langem einen Diskurs über Migration. Auch Attac setzt sich als globalisierungskritische Bewegung mit dem Thema auseinander – mit unterschiedlichen Positionen. „Ursachenbekämpfung vs. Offene Grenzen für alle“ ist diesmal das Thema unserer Debattenseiten.

Flucht-Ursachen statt deren Symptome bekämpfen!

Migration ist in Deutschland ein Thema, das zwischen zwei Extremen schwankt: Während einerseits die seit den sechziger Jahren stattgefundene Einwanderung noch immer geleugnet wird („Deutschland ist kein Einwanderungsland“), löst die tatsächlich stattfindende Migration andererseits häufig heftige Ängste und Abwehrreaktionen aus („Das Boot ist voll“).
Die Migrationsgeschichte in Westdeutschland begann, als das „Wirtschaftswunder“ und der Arbeitskräftemangel Mitte der fünfziger Jahre zu rasch steigenden Löhnen führten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wollte dies mit ausländischen Billigarbeitern ändern. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wehrte sich gegen die Arbeitsplatzkonkurrenz. Er scheiterte zwar mit der Forderung, statt auf Zuwanderung auf Rationalisierung zu setzen – nur Japan ging diesen Weg – konnte aber immerhin das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen.
Bei der Anwerbung von „Gastarbeitern“ wurden Menschen aus ökonomisch und sozial möglichst rückständigen Regionen geholt. Aus der Türkei etwa warb der BDI bewusst einfache Bauern aus Anatolien an und nicht klassenbewusste, gebildete Arbeiter aus Kleinasien. Wie „Gäste“ sollten sie nach einigen Jahren wirtschaftlicher Ausbeutung wieder gehen.

Die „Arbeitsgäste“ sind geblieben

Doch die Menschen blieben. Trotz des 1974 verkündeten Anwerbestopps erhöhte sich, durch Familiennachzug und höhere Geburtenrate, die Quote der Ausländer in Westdeutschland auf rund 10 Prozent. Dennoch wird diese Realität bis heute geleugnet und keine Integrationspolitik betrieben. Selbst in der dritten und vierten Generation bleiben viele Ausländer von der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ausgeschlossen.
Weil die Möglichkeit der wirtschaftlichen Migration verschlossen wurde, stieg vor allem in den achtziger Jahren die Zahl der Asylsuchenden. 1993 hat eine Große Koalition der vier im Bundestag vertretenen Parteien auch diesen Weg versperrt, indem sie das Asylrecht de facto abgeschafft hat.
Das Prinzip der deutschen Migrationspolitik lautet: „Mehr Ausländer, die uns (wirtschaftlich) nützen; weniger Ausländer, die uns (sozial) ausnützen.“ (Günter Beckstein, CSU)

Arbeitgeber nutzen Migration für Lohndumping aus

Migration soll in Deutschland den Interessen der Wirtschaft dienen und wird von den Arbeitgebern genutzt, Löhne, Arbeitsschutz und Sozialstandards zu drücken. IT-Spezialisten, die man in den neunziger Jahren auf dem Höhepunkt der New Economy ins Land holte, bestätigen eher die Regel, als dass sie als Gegenbeispiel dienen.
Ungeachtet der vergleichsweise niedrigen Ausländerquoten in vielen Gegenden und Bereichen in Deutschland, ist die Fremdenfeindlichkeit stark ausgeprägt. Ausländische Mitbürger werden als Konkurrenten und als Schmarotzer diffamiert. Das Teilen und Herrschen der Bosse kann weitergehen.
In einer solchen Situation würden „Offene Grenzen für alle“ keine Probleme lösen, sondern neue schaffen. Ohne allgemeinverbindliche Sozialstandards würden offene Grenzen ein brutales Gegeneinander-Ausspielen der Bevölkerungsgruppen bedeuten. Die Angst, auch vieler Gewerkschafter, um die Arbeitsplätze für die deutschen Kollegen, könnte rasch in antirassistische Übergriffe umschlagen. Soziale Ziele wie Mindestlohn oder bedingungsloses Grundeinkommen wären in einer solchen Atmosphäre nicht mehr durchzusetzen.
Das heißt zum einen, dass wir zuerst gesicherte soziale Lebensverhältnisse brauchen, die nicht mehr durch billige Lohnkonkurrenz unterlaufen werden kann. bevor wir eine Politik der offenen Grenzen einfordern können. Von dieser gestärkten Position aus ließe sich auch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit besser begegnen.

Offene Grenzen für alle schaffen neue Probleme

Eine progressive Politik heißt andererseits aber gleichzeitig, die Verhältnisse zu verändern, die Menschen überhaupt zur Migration zwingen sowie die Verhältnisse, die sie hier zu Menschen zweiter Klasse degradieren.
Eine ganze Reihe kurz- und langfristiger Schritte führen in diese Richtung: das Ende der Waffenexporte in Krisenregionen, weil Kriege Menschen zur Flucht zwingen; die Verwirklichung des längst gegebenen Versprechens, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung in den Industrienationen für Entwicklungshilfe aufzubringen; die Entwicklung fairer Welthandelsbeziehungen anstelle des brutalen Freihandelsregimes; die Durchsetzung globaler sozialer Rechte und von gleichen Rechten für alle am gleichen Ort; radikale Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich; Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns und von Grundsicherungen ohne Arbeitszwang; die Wiederherstellung des Asylrechts und die Anerkennung voller Rechte für alle dauerhaft hier lebenden Menschen sowie eine drastische Aufstockung der Mittel für Integration.

Michael Kraus, Sprecher für Attac Würzburg, Mitglied im Attac-Rat

Offene Grenzen überall – globale Freizügigkeit

Nach unserer tiefen Überzeugung steht jedem Menschen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu. Alle Menschen sollen frei entscheiden können, wann sie sich wo aufhalten und niederlassen wollen, wie sie leben möchten. Soll das nicht nur eine hohle Phrase bleiben, so ist die Forderung nach offenen Grenzen die einzig konsequente; in ihrer Realisierung sehen wir die entscheidende politische Aufgabe. Es muss ein Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit über Grenzen hinweg geben.

„Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört."

Wir geben den MigrantInnen recht. Wenn wir die globalen wirtschaftlichen Zusammenhänge betrachten, weist ihre Anklage auch auf uns: „Wir als KonsumentInnen in reichen Industrieländern profitieren von den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen vieler Länder. In dieser Mitverantwortung sind wir gefordert."

Von unten nach oben – noch immer in die Taschen der Konzerne

Der Weltreichtum wird durch millionenfache Arbeit möglich, seine Umverteilung von unten nach oben hat sich unter globalen Bedingungen weiter massiv verschärft. Die Ungerechtigkeit des wirtschaftlichen Systems berührt auch einen größeren Teil der Menschen aus den Industriestaaten, am schwersten aber betrifft es die Menschen in den armen Regionen der Welt. Ihre Migration heute drückt aus, dass die Regierungen und Wirtschaftsgruppen der Industrieländer den Nord-Süd-Konflikt nie lösen wollten. Nicht nur, dass ihre Entwicklungspolitik sich nie gegen wirtschaftliche Interessen durchsetzt, sie leistet ihnen auch aktuell wieder Vorschub gegen die Ansprüche der Armen in den armen Ländern.
Prominentes Beispiel ist die Doha-Entwicklungsrunde der WTO, in der noch immer versprochen wird, dass Freihandel zu Wachstum und Entwicklung führt. Kolonialismus ist nicht überwunden, sondern setzt sich fort: Die Rolle der Kolonialherren haben IWF, Weltbank und WTO übernommen. Ohne Freihandel, Strukturanpassungsprogramme und eine korrupte Kreditvergabe, die nachhaltige Entwicklung verhindern, ist das aktuelle Ausmaß der Migrationsbegehren an den Grenzen der EU und der USA nicht denkbar. Beispielsweise können mexikanische Kleinbauern dank des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, den USA und Kanada, der NAFTA, ihren Mais nicht mehr verkaufen, da heute billiger, gentechnisch modifizierter Mais aus den USA importiert wird. Deswegen gibt es kein Einkommen mehr für sie, und viele gehen in mexikanische Städte wie zum Beispiel Atenco, um dort Blumen zu verkaufen. Der Bürgermeister von Atenco befindet, dass das Blumenverkaufen die Stadt hässlich macht und setzt die Polizei ein. Wenn diese MexikanerInnen in die USA gehen, um dort zu arbeiten, werden sie illegalisiert und leben ein Leben ohne Rechte.

Migration ist Teil der Armutsbekämpfung

Migration heute bedeutet nicht nur Flucht, sondern ist Teil der Armutsbekämpfung, die MigrantInnen selbst in die Hand nehmen. Die Rücküberweisungen von MigrantInnen an ihre Familien und Gemeinden in Entwicklungsländern erreichen eine Höhe, die den Gesamtbetrag jeglicher Entwicklungshilfe weit übertrifft. 2005 standen 167 Milliarden Dollar dieser Rücküberweisungen 70 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe gegenüber. Der systematische Export „menschlicher Arbeitskraft" von den Philippinen beispielsweise hatte ein finanzielles Ausmaß, das seit den siebziger Jahren durch Rücküberweisungen in Dollars den Niedergang der nationalen philippinischen Ökonomie verhinderte.
Migration ist kein Sozialhilfe- und kein Mitleidsthema, sie ist ein Vorgang globalen Ausgleichs zwischen guten und schlechten Lebensbedingungen. Das braucht konstruktive und nicht abwehrende Politik. Das Menschenrecht auf offene Grenzen verbinden wir mit der Forderung nach einer gerechteren Wirtschaftspolitik, die sich an den Interessen aller Menschen orientiert.

Migration als soziale Bewegung

Wenn es heute eine Bewegung von unten gibt, dann ist es in Zeiten der Globalisierung die Bewegung der Migration. Ihr Kampf ist es, sich hartnäckig und bis zum Äußersten nicht unter Kontrolle bringen, sich nicht steuern zu lassen. Dieser Kampf rüttelt am globalen System und fordert es derart heraus, dass es der Migration militärisch begegnet. In Ceuta, in Melilla, in Atenco und an der Grenze zwischen Mexiko und den USA. Die europäische Abschottungspolitik ist ein Zeichen der Hilflosigkeit.
Auch Teile der gegen Konzernpolitik stehenden Linken in Europa reagieren panisch statt solidarisch. Hinter der selbst erzeugten Abgrenzung bleiben die Leben der Anderen unsichtbar, und man kann sich der Täuschung hingeben, dass die Welt besser sei, wenn es nur einem Teil in ihr besser geht. Der „Sozialstaat" wurde zwar von unten, aber eben innerhalb von Staatsgrenzen erkämpft. Offene Grenzen decken auf, dass seine Leistung begrenzt ist.
Geschlossene Grenzen verursachen Illegalität, Menschenhandel, fördern Rassismus und verstärken ungleiche Lebensbedingungen auf der ganzen Welt.
Wir diskutieren die Möglichkeit offener Grenzen und wollen Freizügigkeit für alle Menschen, die das wollen, möglich machen.

Ute Goelz-Elsner, Ines Westberg, Melanie Nichterwitz

Rückblick:

28. – 30. April 2006

Frühlingsratschlag

In Braunschweig fand der Frühlingsratschlag von Attac statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen der G8-Gipfel im Sommer 2007 in Heiligendamm und Perspektiven



eines vielfältigen Widerstandes an der Ostseeküste und im ganzen Land. Es gab Diskussionen und Workshops, einige bereits mit konkreten Verabredungen für die nächsten Monate. Außerdem unterstützte der Ratschlag den Start der Kampagne gegen den Börsengang der Bahn sowie die Pläne der AG Internationale Steuern, eine Infokampagne auf den Weg zu bringen. Begrüßt wurde auch die Initiative für eine Kampagne, die sich kritisch mit dem Agrarkonzern Monsanto auseinander setzt.

Mai 2006

Preis für kreative Kampagnenarbeit

Für „freies Wissen" ist die Attac-AG Wissensallmende und freier Informationsfluss aktiv. Sie kritisierte mit dem „Fair-Sharing-Netzwerk" immer wieder die zunehmende Kriminalisierung von Menschen, die Musik im Internet tauschen und herunterladen. Für ihre Kampagne zur Einführung einer Kulturflatrate erhielten die Aktiven Anfang Mai in Nürnberg den Medienpreis.
www.fairsharing.de

Mai 2006

ESF in Athen und Alternativen-Gipfel in Wien: Einmischungen in internationale Politik

Vertreter und Vertreterinnen von Attac Deutschland waren mit ihren Workshopangeboten und Diskussionsbeiträgen Teil des Europäischen Sozialforums in Athen. Attac meldete sich zu Wort, als der EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel in Wien stattfand und die Vertreter der EU versuchten, die lateinamerikanischen Reformer unter Druck zu setzen. Wenige Tage später protestierten Partnerorganisationen anlässlich der Konferenz des General Council der Welthandelsorganisation in Genf.

Mai 2006

Kampagne gegen den Iran-Krieg

Attac startete gemeinsam mit Campact, den Ärzten zur Verhütung eines Atomkrieges und anderen eine Kampagne gegen den drohenden Iran-Krieg. Der Konflikt um Irans Atomprogramm schwelt. Verhandlungen, Drohungen, medienwirksame Provokationen beider Seiten stehen auf der Tagesordnung. Mit einer E-Mail-Aktion will die Kampagne dazu beitragen, dass aus diesem Konflikt kein Krieg wird, sondern die Diplomatie weiterhin Vorrang genießt.
www.campact.de

Mai 2006

Bahn für alle

Zwei Anhörungen im Bundestag und die prunkvolle Eröffnung des Berliner



Hauptbahnhofs waren Anlass für die Kampagne „Bahn für alle", ihre Forderungen öffentlich zu machen. Vor dem Hauptbahnhof schwangen übergroße „Bahnhofvorsteher" rote Kellen mit der Aufschrift „Stoppt den Ausverkauf der Bahn." Seit Anfang Mai unterstützt im Attac-Büro Erasmus Müller das Bündnis, dem neben Attac auch Robin Wood, die Expertengruppe „Bürgerbahn statt Börsenbahn", die Naturfreunde sowie die Initiative „Bahn von unten" angehören. Am 1. Juni schloss sich der BUND dem Bündnis an. In einer Pressekonferenz machte die Kampagne deutlich: Es ist höchste Zeit für breiten Widerstand. Die Pläne der Bundesregierung würden ein Verschleudern der über 170 Jahre alten Bahn bedeuten und den Investoren Milliarden unwiederbringlich in den Rachen werfen. (siehe dazu auch die Seiten 1, 3 und 12 des Rundbriefs)
www.bahn-fuer-alle.de

3. Juni 2006

Demonstration in Berlin

Am Samstag vor Pfingsten demonstrierten in Berlin 15.000 Menschen gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg. Besonders aktuell war die Demonstration, weil der Bundestag kurz zuvor weitgehende Verschärfungen der Hartz-IV-Gesetze beschlossen hatte.

Frühjahr 2006

Gentechnikfreier Mais

Mehr als 11.000 Menschen haben bisher in diesem Jahr gentechnikfreien Mais in ihren Gärten, auf ihren Höfen, Äckern oder Balkonen gesät. Sie wollen im Rahmen der Aktion Bantam-Mais eigenes Saatgut gewinnen. Täglich werden viele weitere Standorte gemeldet. Es gab Feste, Kundgebungen und Protestaktionen, selten wurde so vielfältig gesät und gepflanzt! Gegenüber 88 Standorten mit gentechnisch verändertem Mais wächst hier ein deutliches Ja für die gentech-





nikfreie Saatguterzeugung als Grundlage für gentechnikfreie Lebensmittel. Der Auftrag an die Regierung im Hinblick auf die bevorstehende Überarbeitung des Gentechnikgesetzes und die Verordnung zur guten fachlichen Praxis ist klar: Die Weichen müssen so gestellt werden, dass langfristig gentechnikfreies Saatgut vermehrt und gezüchtet werden kann, damit die Wahl, sich gentechnikfrei zu ernähren, gesichert bleibt.
Wo überall der Golden Bantam wächst, zeigt eine Karte auf der Website der Aktion unter:
www.bantam-mais.de

Ausblick:

1. Juli 2006
Grünes Licht für internationale Steuern?
Am 1. Juli führt Frankreich die Flugtiketabgabe ein – möglicherweise ein gutes Beispiel, das Schule macht. Die AG Internationale Steuern greift das Thema auf jeden Fall auf. Geplant sind Aktionen und mehr, auch für den Herbst 2006.
Vom 14. bis 16. Juli wird „Tobin Hood“ weiter aktiv, dann findet ein Planungstreffen der Kampagengruppe statt, Aktionstage zur Tobin Steuer im Herbst sollen weitergedacht werden. (siehe auch die Seiten 9 und 11)
www.attac.de/internationale-steuern

14. Juli 2006
Demo gegen Bush-Besuch in Stralsund
George W. Bush kommt nach Deutschland – und wird mit einer Demo empfangen, die signalisiert: „Er ist nicht unser Gast!“ Gegen Krieg und neoliberale Politik sind auch vom 13. bis 15. Juli lokale Aktionen geplant, da parallel der G8-Gipfel in Petersburg stattfindet.
www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/bushbesuch.php

22. – 29. Juli 2006
Bundesweite Aktionswoche gegen Bahnprivatisierung
Für den Herbst ist die Abstimmung im Bundestag über die Bahnprivatisierung angesetzt (siehe dazu auch die Seiten 1, 3 und 12 im Rundbrief). Die Bahnkampagne geht in die Offensive. Aktionsmaterial und mehr anfordern. Einfach Kontakt aufnehmen:
www.bahn-fuer-alle.de
info@bahn-fuer-alle.de

4. – 9. August 2006
Wissen is possible – Attac-Sommerakademie in Karlsruhe
Wissen ist möglich: Wer Bescheid weiß, hat mehr Mut zum Widerspruch. Es geht um Wissen aneignen, aktiv mitgestalten, gemeinsam lernen, neugierig sein, in Frage stellen. Denn: Globalisierung ist kein Schicksal – und die Sommerakademie mit viertägigen Vormittags-Seminaren, mit spannenden Kurzworkshops, Kultur und Zeit zum Pläneschmieden macht Lust auf mehr Bewegung. (siehe dazu auch die Seite 3)
www.attac.de/sommerakademie2006

9. August 2006
Bundesweiter Aktionstag gegen Bahnprivatisierung
Warum nicht auch mitten im Sommer? Der letzte Tag der Sommerakademie wird nicht nur in Karlsruhe ein Tag kreativer Bahn-Aktionen.
Mehr:
www.bahn-fuer-alle.de

Anfang September 2006
Monsanto-Kampagne geht an den Start
Mit einer großen Auftaktaktion startet die Kampagne gegen den Gentechnik-Konzern Monsanto. Die Attac AG Globalisierung und Ökologie macht Druck auf den Konzern, aus dessen Laboren 90 Prozent der genetisch veränderten Pflanzen stammen. Hintergrundmaterial, Aktionsideen für lokale Gruppen und weitere Infos rund um die Kampagne unter:
www.attac.de/oekologie

8. – 10. September 2006
Aktionsplanungs-Seminar zum G8
In Zusammenarbeit mit JANUN lädt Attac Aktive in Norddeutschland ein: Das Wochenende bietet inhaltlichem Input und viel Zeit zum Planen kreativer Aktionen rund um den G8-Gipfel 2007. (siehe dazu auch die Seite 8)
www.janun.de

29.9. – 3. Oktober 2006
Herbstakademie von Attac und DGB-Jugend
Auch bei der Herbstakademie von DGB-Jugend und Attac im brandenburgischen Flecken Zechlin dreht sich in diesem Jahr alles um den G8-Gipfel 2007: Workshops, Vorträge und Aktionstraining werden geboten. Damit wir auf die Leitfrage „Die G8 kmmt nach Deutschland – are you ready?“ mit einem entschiedenen Ja antworten können (siehe auch die Anzeige auf Seite 11).



dieses Mal im Portrait:
die Bewegungsstiftung und die
Projektgruppe G8-Gipfel in Deutschland

Bewegungs-
stiftung
Anstöße für soziale Bewegungen





Soziale Bewegungen verändern Politik und Gesellschaft. Die Erfolge von Attac sind dafür nur ein aktueller Beleg. Die Bewegungsstiftung unterstützt die Arbeit sozialer Bewegungen für Demokratie, Frieden, Ökologie und soziale Gerechtigkeit durch Zuschüsse und Beratung. Innerhalb von nur vier Jahren hat sie über 300.000 Euro in politische Kampagnen und Aktionen gesteckt. Auch die Arbeit von Attac wurde bereits mehrfach unterstützt. Aktuell wird die Kampagne „Monsanto – GENial daneben!" gefördert, die die Rolle des Gentechnik-Konzerns öffentlich problematisiert.

Im März 2002 wurde die Bewegungsstiftung in Berlin von zehn StifterInnen als Gemeinschaftsstiftung gegründet und mit einem Stiftungskapital von 250.000 Euro ausgestattet. Seitdem ist sie selbst beständig in Bewegung. Mittlerweile haben insgesamt 58 StifterInnen Beträge zwischen 5.000 und 400.000 Euro zugestiftet. Viele der StifterInnen beteiligen sich über den Beirat an Diskussionen und Förderentscheidungen oder engagieren sich sogar ehrenamtlich in der Stiftung.

Das Stiftungskapital von zurzeit rund 1,7 Millionen Euro ist nach strengen ethischen Kriterien angelegt. Somit fließt kein Cent in Unternehmen, die mit Waffenhandel, Umweltzerstörung oder Kinderarbeit ihre Profite erzielen. Gemäß dem Motto „Eine andere Welt möglich machen", vergibt die Stiftung einen Teil ihres Kapitals in Form von zinsgünstigen Darlehen an „Anders leben – anders arbeiten"-Projekte. Da die Erträge aus der Geldanlage zur Förderung sozialer Bewegungen verwendet werden, erzielt die Bewegungsstiftung eine doppelte Dividende.

Um soziale Bewegungen auch langfristig wirkungsvoll unterstützen zu können, will die Bewegungsstiftung eine solide finanzielle Basis bilden. Bis Ende 2007 soll das Stiftungskapital auf 5 Millionen Euro anwachsen. Ohne weitere Zustiftungen ist dieses ehrgeizige Ziel nicht zu erreichen. Zustiftungen sind ab 5.000 Euro möglich und auch in Jahresraten von mindestens 500 Euro zahlbar.

Felix Kolb

Kontakt und weitere Informationen:
Die Bewegungsstiftung
Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Tel. 04231/957-540
Fax 04231/957-541
Internet:
www.bewegungsstiftung.de
E-Mail:
info@bewegungsstiftung.de

Die G8 zu Gast bei Demonstranten

Über Kampagnen wird viel diskutiert bei Attac. Beim Thema G8 fiel die Diskussion aber kurz aus. Ein „Ob?" stand nie wirklich im Raum, ein „Warum?" hätte höchstens Stirnrunzeln ausgelöst. „Wie?", „Wer?" und „Wann?" – mehr Fragen blieben eigentlich nicht übrig, und sie wurden schnell beantwortet. Bereits 18 Monate vor dem Gipfel im mecklenburg-vorpommerischen Heiligendamm ging es los. Denn das Treffen der politischen Schwergewichte vom 8. bis 10. Juni 2007 wird für die sozialen Bewegungen buchstäblich ein Heimspiel. Und es birgt die Chance, das Feld künftig mit einer frisch aufgestellten, selbstbewussten DemonstrantInnenschaft zu verteidigen.



Dieses Ziel vor Augen, gründeten einige G8-bewegte Attacies auf dem Herbstratschlag in Würzburg eine bundesweite Projektgruppe. Die Arbeitsschwerpunkte für die ersten Monate waren schnell klar. Die Gruppe sprach sich für intensive Bündnisarbeit aus. Eine große Bündnis-Konferenz in Rostock musste organisiert werden und es galt, die inhaltliche Marschroute festzuklopfen. Die Konferenz fand Ende März statt und war mit mehr als 300 TeilnehmerInnen aus einem breiten politischen Spektrum ein voller Erfolg. Auch die inhaltliche Arbeit kommt voran: Attac mobilisiert mit der Forderung nach „globaler Demokratie" und „globalen sozialen Rechten und ökologischen Standards" nach Heiligendamm. In Kürze erscheint ein Buch von Peter Wahl zum Thema G8, bis zur Sommerakademie soll zudem ein Inforeader fertig werden. Im Internet steht bereits ein fertiger Powerpoint-Vortrag zu bisherigen G8-Gipfeln und Gipfelprotesten zum Download bereit. Die 20 bis 30 Aktiven der Projektgruppe haben sich aber noch mehr vorgenommen: In Planung sind Flyer und Infomaterial, eine Infotour, eine eigene Webseite sowie ein regelmäßiger Newsletter. Mit Spannung warten wir außerdem auf die Vorschläge für das Logo und den Slogan.

Insgesamt läuft die Anti-G8-Bewegung auf Hochtouren. Was die Zivilgesellschaft in Heiligendamm alles auffährt, steht jedoch noch nicht fest. Auf der Attac Aktionsakademie, der Sommerakademie und der Herbstakademie von Attac und DGB-Jugend wird es Treffen und Workshops geben, um schon für das Vorfeld des Gipfels Aktionsideen zu sammeln und weiterzugeben. Für das Event selbst sind ein Gegengipfel, eine Großdemo, ein Protestcamp und vielfältige Aktionen des zivilen Ungehorsams geplant: Auf dass die G8 im Kempinski Grand Hotel Heiligendamm keine Ruhe finden werden!

Das ist unser Heimspiel – G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Macht mit!

Boris Loheide

Internet:
www.attac.de/heiligendamm07/infos
E-Mail:
g8-proteste@attac.de

Eine Tobin Hood kann viel bewirken

Mit der Forderung nach der Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen nahm Attac Ende der neunziger Jahre in Frankreich und bald auch in Deutschland seinen Anfang. Seitdem sind viele andere Arbeitsschwerpunkte hinzugekommen. Aber auch die Konzepte zur Einführung von internationalen Steuern haben sich weiterentwickelt. In Deutschland laufen sie derzeit in der Kampagne „Tobin Hood – Internationale Steuern für Entwicklung“ zusammen. Silke Ötsch von der Kampagnengruppe schildert im Interview Idee, Stand und Ziele der Kampagne.





?? Seit wann gibt es die Kampagne Internationale Steuern und wer engagiert sich darin?

Ötsch: Die bundesweite Kampagnengruppe von Attac hat sich im September letzten Jahres gegründet. Neben Mitgliedern aus lokalen Gruppen sind Mitgliedsorganisationen wie weed, blue 21, share und die Grüne Jugend involviert. Um das Thema international voranzubringen, haben wir Kontakte zu Attac Frankreich und Österreich geknüpft und sind im ENCTT vertreten, einem europäischen Netzwerk zur Einführung internationaler Steuern.

?? Welchen Hintergrund hat die Kampagne?

Ötsch: Unsere Steuersysteme sind auf den Nationalstaat und nicht auf ein globales Finanz- und Wirtschaftssystem eingestellt, so dass BesitzerInnen großer Vermögen und transnationale Konzerne viele Möglichkeiten haben, sich der Besteuerung zu entziehen – auf Kosten eines Großteils der Bevölkerung. Internationale Steuern sind eine funktionierende Alternative zu diesem System. Seit kurzem wird die Einführung dieser Steuern ernsthaft diskutiert und nicht mehr als utopische Spinnerei abgetan. Erste Maßnahmen wie die Flugticketabgabe und die Tobin Tax werden in einigen Staaten umgesetzt. Wir haben jetzt sehr gute Rahmenbedingungen um die Einführung internationaler Steuern zu forcieren.

?? Mit welchem Ziel?

Ötsch: Über internationale Steuern sollen vor allem Fehlentwicklungen der Globalisierung bekämpft werden. Emissions-, Ressourcen- oder andere Umweltsteuern sind ein effektives Mittel gegen Umweltverschmutzung; die Tobin-Steuer kann die Macht der Finanzmärkte beschränken und Finanzkrisen verhindern. Außerdem können dringend benötigte Einnahmen erwirtschaftet werden.

?? Wie wollt Ihr das erreichen?

Ötsch: Der konkrete Ansatzpunkt der Kampagnengruppe ist der Prozess der Einführung internationaler Steuern, der auf UN-Ebene mit der Einführung der Flugticketabgabe angestoßen wurde. Frankreich und 11 weitere Staaten wollen mit der Abgabe Einnahmen für die Bekämpfung von Seuchen erwirtschaften. Obwohl sich die deutsche Regierung ursprünglich anschließen wollte, macht Finanzminister Steinbrück einen Rückzieher. Damit Deutschland den internationalen Prozess nicht weiter blockiert, wollen wir Druck auf die Regierung ausüben. Weil die Flugticketabgabe nur ein erster Schritt ist, setzen wir uns für weitere internationale Steuern ein, auf jedem Fall für die Tobin Tax. Verschiedene Tobin-Hood-Aktionen sind angedacht.

?? Welche Aktionen sind bisher gelaufen?

Ötsch: Die Kampagne hat Ende Februar mit einer Auftaktaktion zur internationalen MinisterInnenkonferenz in Paris begonnen. Ein Dutzend Mitglieder der Gruppe ist nach Paris gereist, um die Delegierten mit richtigen Flugblättern zu empfangen, das heißt mit zweisprachigen Papierfliegern als Anspielung auf die Flugticketabgabe. Darüber hinaus haben wir sämtliche Bundestagsabgeordnete angeschrieben und gebeten, die Einführung der Flugticketabgabe



durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Von den 614 Abgeordneten sind 108 dem Aufruf nachgekommen: 44 Grüne, 34 Die Linke, 29 VertreterInnen der SPD und einer der CDU.
Parallel dazu haben Regionalkonferenzen in Essen und Hannover stattgefunden, bei denen das Thema inhaltlich vorgestellt und diskutiert und die Kampagne mit Interessierten aus lokalen Gruppen weiterentwickelt wurde. Damit haben wir es geschafft, dem Thema Aufmerksamkeit zu verschaffen; unsere Positionen wurden von der Presse aufgegriffen. Die sofortige Einführung der Flugticketabgabe ist zwar nicht unmittelbar zu erwarten, mit mehr Druck kann sie jedoch besteuert werden. Nun wollen wir noch ein größeres Bewusstsein für das Konzept internationale Steuern schaffen und mit den Forderungen nach der Tobin Tax und Umweltsteuern durchdringen.

?? Welche grundsätzlichen Schwierigkeiten stellen sich dabei in den Weg?

Ötsch: Internationale Zusammenhänge werden in der Tagespresse nur am Rande behandelt – umgekehrt proportional zu ihrer Wichtigkeit. Aufgrund eigener Erfahrung mit steigenden Lohn- und Mehrwertsteuern verbinden die meisten Menschen mit Steuern etwas Negatives, wissen aber nicht, dass transnational agierende Privatpersonen und Unternehmen im Norden und im Süden dementsprechend weniger Steuern zahlen. Trotzdem: Attac wird bei diesem Thema eine besondere Kompetenz zugetraut, so dass wir gute Voraussetzungen haben, gehört zu werden.

Interview: **Gabriele Rohmann**

Themenpakete
im Attac-Materialversand

Auch für diesen Rundbrief hat der Attac-Materialversand ein attraktives Angebot im Paket verschnürt. Die Artikel sind nach wie vor einzeln, aber jetzt auch im Paket verbilligt erhältlich. Die gibt es aber nur, solange der Vorrat reicht! Dieses Mal dreht sich alles um Privatisierung – und bietet damit eine hervorragende Informationsgrundlage für den bald erscheinenden Attac-Basistext der Bahnkampagne:

Paket „Privatisierung“

Jörg Huffschmidt (Hg.): Die Privatisierung der Welt
Herausgegeben vom wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, analysiert dieses Buch die um sich greifenden Privatisierungsstrategien sowie den aufkeimenden Widerstand. Die Privatisierung der Welt ist die Hauptlinie der neoliberalen Strategie gegen den Sozialstaat. Sie entzieht immer mehr Bereiche des Lebens einer demokratischen Gestaltung und unterwirft sie dem Diktat der Rentabilität und dem Recht des Stärkeren. Nach Strom, Gas, Telefon und Eisenbahnen stehen jetzt auch Bildung, Gesundheit und Alterssicherung, ja die Natur selbst zur Privatisierung an. Am Ende wird sogar die Politik privatisiert. Doch die sozialen Bewegungen leisten Widerstand.
Paperback, 218 S., 14,80 EUR

Peter Hauschild u.a.: Attac Basistext 9 – Privatisierung: Wahn & Wirklichkeit.
Viele Kommunen versuchen, ihre Finanzen durch Verkauf oder durch Umwandlung von kommunalen Betrieben, Wasserversorgung, Stadtwerken und Krankenhäusern in den Griff zu bekommen. Oft sind Teilprivatisierungen oder Umwandlungen von städtischen Eigenbetrieben in GmbHs oder AGs erste Schritte, die zum endgültigen Ausverkauf ganzer Bereiche führen. Was sind die Gründe und was kann dagegen getan werden? Attac Ortsgruppen können vor Ort eine Menge bewegen – und dafür mit vielen Organisationen kooperieren.
Taschenbuch, 98 S., 6,50 EUR

Publik Forum (Hg.): Gesundheit, Bildung, Wasser: Der große Ausverkauf
Konzerne kaufen Krankenhäuser und heilen nur noch mit höchstmöglichem Gewinn. Energieunternehmen kaufen Wasserwerke und erhöhen drastisch die Preise. In der Dritten Welt treiben private Wasserversorger die Preise in die Höhe. Den Armen geht das Wasser aus. Universitäten und Gymnasien werden privatisiert – und für die Armen unerschwinglich. Weltweit läuft der Ausverkauf der öffentlichen und sozialen Dienste an private Unternehmen, weil neoliberale Ideologen dies so wollen und weil internationale Konzerne davon profitieren. Das Dossier enthüllt die Strategien der Privatisierer, die Folgen für die Menschen und blickt hinter die verschlossenen Türen der Welthandelsorganisation. Doch die Leser erfahren auch, wie engagierte Bürgerinnen und Bürger ihre öffentlichen Dienste vor den Privatisierern retten konnten – und wie diese sozialen Dienste bürgernah organisiert werden können. Ein Publik-Forum-Dossier von Wolfgang Kessler und Barbara Tambour.
Broschüre, 16 S., 2 EUR

Alle drei zusammen im Paket zum Sonderpreis von 17 EUR!

… neu im Materialversand:



Winfried Wolf
In den letzten Zügen
Bürgerbahn statt Börsenwahn
AttacBasisText 22
96 Seiten, Juni 2006
EUR 6.50
Das Bundeseigentum an der Deutschen Bahn AG soll in die Hände „privater Investoren“ übergehen. Egal ob mit oder ohne Netz: Man schwört auf „Privatisierung“. Zwar ist die Bahnreform von 1994, eine erste Form der Privatisierung, gescheitert: Der Anteil der Schiene im Verkehrsmarkt ist weiter rückläufig, die staatlichen Leistungen für die Schiene sind deutlich gestiegen; die DB AG ist erneut hoch verschuldet. Dennoch fordert eine Große Koalition: Weiter so! Tatsächlich stellt jede Form einer Bahnprivatisierung eine Verschleuderung von gesellschaftlichem Eigentum dar, das in 170 Jahren erarbeitet wurde. Es handelt sich um eine weitere Stufe im neoliberalen Abbau der Daseinsvorsorge, die zu verschärfter sozialer Ausgrenzung führt, u.a. weil die Bahn in der Fläche noch mehr verschwindet. Letzten Endes ist die Bahnprivatisierung Teil der Globalisierung und einer spezifischen Form der geballten Konzernmacht: Sie ist auch Ausdruck der Macht der Auto-, Öl- und Flugzeugbau-Konzerne und der Durchsetzung eines zukunftsfeindlichen, klimazerstörenden „Mobilitätsmodells“, das auf Öl und seine Derivate – Diesel, Benzin, Kerosin – konzentriert. (VSA)

nix wie weg! Themenpakete hier bestellen!

Hiermit bestelle ich…

___ St. Paket „Privatisierung“ komplett (alle drei Artikel), 17 EUR (6604)

einzeln aus dem Paket „Privatisierung“:

___ St. Huffschmidt (Hg.): Die Privatisierung der Welt, 14,90 EUR (2414)

___ St. Hauschild u. a.: Attac Basistext 9 – Privatisierung, 6,50 EUR (2404)

___ St. Publik Forum: Gesundheit, Bildung, Wasser: Der große Ausverkauf, 2 EUR (3416)

(Alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten)

per Post an:
Attac, Münchner Str. 48,
60329 Frankfurt/M.
per Fax an: 069-900 281-99
telefonisch unter: 069-900 281-10
online unter:
www.attac.de/material
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Name ______________________

Str./Nr. ______________________

PLZ/Ort ______________________

Tel. ______________________

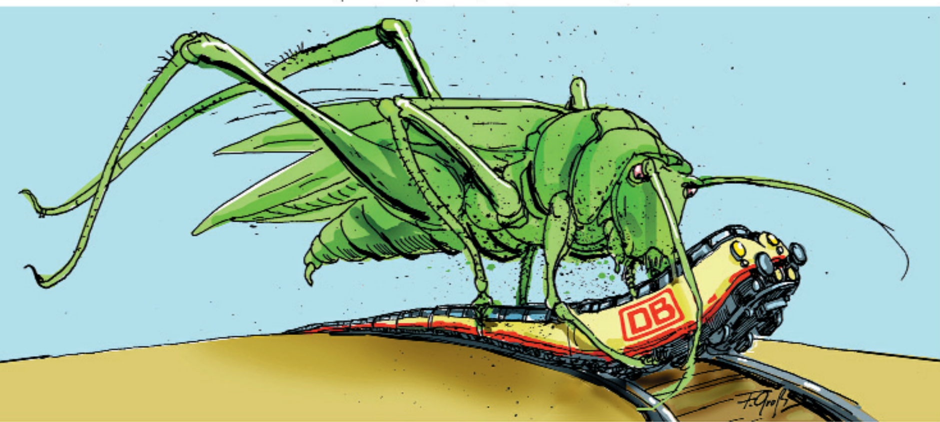
E-Mail ______________________

Impressum

Attac Trägerverein e.V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 900 281-10
Fax: 069 / 900 281-99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e.V.
Redaktion:
Lena Bröckl (lb), Werner Rätz (wr),
Gabriele Rohmann (gr),
Kay-Oliver Schulze, Jutta Sundermann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?
Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069/900 281-10 oder per E-Mail an: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Weichen stellen
Nein zum Ausverkauf der Bahn!



Das wird ein heißer Sommer!
Nein, damit soll kein Ausblick auf die kommende Großwetterlage gewagt werden, sondern das ist unsere Antwort auf die Frage, ob die Bahn via Börsengang verhökert werden soll. Geht es nach Bahnchef Hartmut Mehdorn, ist diese Frage längst beantwortet: „Dass die Bahn an die Börse gehört, ist im gesellschaftlichen und politischen Umfeld unumstritten."

Ist das wirklich so? Millionen von BahnfahrerInnen und viele der etwa zweihunderttausend Beschäftigten der Bahn sehen das ganz anders. Die einen leiden schon heute unter ausgedünnten Fahrplänen, überfüllten Zügen zu Stoßzeiten, sicherheitsgefährdenden Lücken in der Instandhaltung und Wartung oder schlechten Serviceleistungen. Die anderen fürchten um ihre Arbeitsplätze und sehen sich stetig wachsendem Druck ausgesetzt, der die Qualität ihrer Arbeit gefährdet. Mit dem Börsengang werden diese Entwicklungen, so die Meinung kritischer Experten, weiter verstärkt.
Deshalb gilt es, jetzt mit einer schlagkräftigen, lebendigen, vielgestaltigen und gut organisierten Kampagne aufzuzeigen, dass die Menschen in Deutschland dem Ausverkauf ihrer Bahn nicht zustimmen. Wir werden an vielen Orten und mit vielen kreativen Aktionen unser „Nein" zur endgültigen Privatisierung der Bahn öffentlich machen. Wir werden die Menschen im Lande informieren und motivieren, sich unserem Protest anzuschließen. Denn „unumstritten" ist der Sommerschlussverkauf des gesellschaftlichen Vermögens bei der Bahn keineswegs.
Noch ist der „Börsenzug" nicht abgefahren. Noch bleibt uns Zeit, die Weichen umzustellen. Deswegen unsere Bitte: **Unterstützt den Kampf gegen den Ausverkauf der Bahn mit Eurer Spende. Danke!**

mehr Infos unter:
www.bahn-fuer-alle.de